

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt Riess,  
Bernau Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riess, des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Dresden 1330,  
Stollage:  
Riess Nr. 52.

Nr. 77.

Freitag, 1. April 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 8 Uhr mittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Auftrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Achtung! Unterhaltungsbeitrag "Gedächtnis an der Elbe". — Im Falle Unruhe durch Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verleger-Einrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübmann, Riess; für Druckerei: Wilhelm Dietrich, Riess.

## Rebellion des Dames-Planes. Eine deutsche Einheitsfront.

Der Gelegenheit nahm, der Sitzung des Reichstages am Donnerstag beizuwohnen, konnte eine immerhin nicht unerfreuliche Erkenntnis schöpfen: Es gibt noch Augenblicke im Leben des deutschen Volkes, wo eine Einigkeit grundsätzlicher Natur wahrhaftig wird, Fragen, bei deren Beantwortung parteipolitische Erwägungen ausgeschlossen sind, wo nur das Sachliche der Materie selbst Stellungnahme und Antwort dem ganzen deutschen Volke ohne Unterschied der Parteien, Klassen, Berufsstände und Weltanschauungen anhaftet. Zwar war das Thema, das in der fraglichen Donnerstag-Sitzung des Reichstages zur Sprache kam, nicht gerade geeignet, Empfindungen der Verachtung und der Freude allzu bestimmend aufkommen zu lassen. Aber die Feststellung einer restlosen Übereinstimmung der Meinungen und Ansichten von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken ist doch immerhin etwas, was wie ein seltener Hoffnungskeim das Unrechtliche eines schier ewigen Parteigedankens durchleuchtet. Drum sei dieses seltene Ereignis im Reichstag sorgsam registriert.

Gesprochen wurde über den Dames-Plan für die Kriegskosten, über das Schwere und Unerträglichkeit, was die jährlichen Dames-Erträge dem deutschen Volke auferlegt haben, von der immer unerträglich werdenden Belastung, der Wirtschaft und Reichshaushalt durch die immer mehr sich heigenden Leistungen der Reparationen ausgesetzt sind, von der Verelendung und Verzerrung weltweiter Volkswirtschaften, die nicht zu vermeiden wären, wenn der Dames-Plan in seinen wesentlichen Bestimmungen nicht zum mindesten stark gemildert würde. Es war im Hause wohl kein Einzelner, der nicht den Darlegungen, Bedenken und Folgerungen des Berichtes über die Verhandlungen des Ausschusses bis zur letzten Konsequenz beistimmte. Sei es der demokratische Wortführer, der demokratische, der sozialdemokratische oder der kommunistische. Alle gaben sie das gleiche, vielleicht in verschiedenem Modulation, aber inhaltlich dieselbe Ansicht über das Unerträglichkeit der Reparationsleistungen für Deutschland kund. Wenn der Sprecher der Demokraten, der Abgeordnete Dietrich-Baden, von den wirtschaftlichen Unmöglichkeitkeiten des Dames-Planes spricht, wenn er feststellt, daß im Etat auch Dinge hängen, die eigentlich die Entente zu tragen hätte, wenn er schließlich die Schlussfolgerung zieht, daß der Zeitpunkt wirklich und wahrhaftig gekommen sei, über eine Änderung der Dinge zu reden, wenn der Sozialdemokrat Reil offen ausspricht, daß irgend welche parteipolitische Einstellung diesem Etat gegenüber nicht angebracht wäre, daß ein großer Teil des deutschen Volkes unter der Wirkung der Reparationslasten verelende, die unbedingte Notwendigkeit einer Revision des Dames-Planes zu bejahen sei, schließlich sogar der Kommunist Dr. Rosenfeld in seinem und seiner Partei Namen dem deutschen Volke den Rat erteilt, die Reparationslasten nicht als etwas unabwendbar Gegebenes anzusehen — dann dürfte in einer Einmütigkeit, einer Entschlossenheit, wie sie bisher noch niemals in Erscheinung trat, endlich die Forderung nach einer möglichst sofortigen Revision des Dames-Planes ein Gemeingut des deutschen Volkes geworden sein. Wenn, mit dieser Forderung ist noch nicht viel getan. Und bis zu ihrer Erfüllung ist noch ein weiter Weg. Aber hinter dieser Forderung steht nun eine Einheitsfront. Die macht sie stark und schließlich auch nicht ohne Macht, endlich auch zu einer erschwerten Aufgabe gegen die, an deren Adresse sie gerichtet ist.

## Zwischenfall vor dem Bismarckdenkmal.

Berlin, (Funknachr.) Vor dem Bismarckdenkmal am Reichstage erschien heute mittags anlässlich des Gedenktages des Mittelalters eine Abordnung unter Führung des Majors a. D. von Brühner. Dieser verkündete, eine Ansprache zu halten, wurde aber von der Polizei darauf aufmerksam gemacht, daß dies den Bestimmungen des Versammlungsgesetzes widerspreche. Als der Redner trotzdem weiter sprach, forderte ihn ein Schutzmann auf, mit zur Wache zu kommen. Major a. D. von Brühner folgte dieser Aufforderung, brach aber nach 20 Metern dem Polizeieinsatz aus. In der Charité konnte nur noch sein Tod festgestellt werden.

## Belästigung der Teilnehmer an der Hamburger Bismarckfeier.

Hamburg, (Funknachr.) Nach einem Bericht der Hamburger Polizei verliefen der Aufmarsch zur Bismarckfeier und die Feier selbst ohne nennenswerte Störungen. Bei dem Aufmarsch jedoch wurden die Teilnehmer an der Feier in verschiedenen Stadtteilen belästigt, so daß die Polizei an mehreren Stellen eingreifen mußte. Ein Polizeibeamter und ein Teilnehmer wurden durch Messerhiebe verletzt. Die Polizei nahm rund 40 Gefährtungen vor. Bestimmte Zusammenkünfte sind nirgends erfolgt.

## Die Kämpfe in Spanisch-Marokko.

Madrid, (Anteil) wird berichtet, daß spanische Flieger Anflüge von Aufständischen in der Gegend von Ceuta ausgiebig mit Bomben bewarfen. Die Kräftebewegungen, die die Einleitung der bevorstehenden Operationen bilden, werden trotz des Widerstandes lebhaft fortgesetzt.

## Der Reichstag zum Kriegslastenetat.

ddg. Berlin, 31. März, 10 Uhr vorm.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abgeordneter Böcker (Komm.), zunächst eine kommunisierende Entschließung zu beraten, die von der Reichsregierung eine energische Stellungnahme gegen den imperialistischen Krieg Englands gegen das werktätige Volk Chinas fordert. (Unruhe und Lachen bei der Mehrheit).

Da Widerspruch erhoben wird, kann der Antrag nicht beraten werden.

### Auf der Tagesordnung steht der Kriegslastenetat.

Abg. Bornmann (Wirtschaftl. Part.) schlägt namens des Ausschusses unveränderte Annahme des Etats vor. Ueber die „Verständlichen Ausgaben“ wünscht der Ausschuss dreimonatliche Nachweisungen, ferner verlangt er eine Zusammenstellung aller sich aus dem verlorenen Krieg ergebenden Ausgaben außer den Dameslasten.

Abg. Dr. Dehner (Zent.) weist darauf hin, daß die Reparationslasten, wenn sie erst ihre volle Höhe erreicht haben werden, vier Milliarden betragen, d. h. mehr als der ganze Reichsetat vor dem Krieg. Der Redner schildert Deutschlands bisherige Reparationsleistungen. Allerdings seien in den beiden ersten Jahren Deutschland mehr als 2000 Millionen Anteilen zueisenden. Aber diese Erleichterung werde nicht jedes Jahr so gewaltige Anteile aufnehmen. Deshalb sei die Frage, ob Deutschland die von ihm verlangten Leistungen aufbringen kann, noch ein offenes Problem. Selbst der Reparationskomitee habe diese Frage bisher unangewandt, er habe aber bereits angedeutet, daß der Damesplan nur eine Vorbereitung auf die endgültige Regelung der Reparationen sei. (Hört, hört!) Die Blutmenge, die man der deutschen Wirtschaft entziehen und fremden Wirtschaften zuführen müsse, sei so groß, daß man noch gar nicht übersehen könne, welche Wirkungen diese Bluttransfusion auf den Blutspender und den Blutempfänger ausüben werde. Trotzdem bereue das Zentrum das Vertrauen nicht, das es der Dames-Kommission entgegengebracht habe. Ihre Arbeit habe zum mindesten die Sachlichkeit wiederherstellen lassen. Deutschland trage keine Lasten nicht, weil es sich moralisch dazu verpflichtet fühle, sondern weil es als der Unterlegene diese Leistungen verhältnismäßig übernommen habe. Es bestehe aber auf einer Revision dieser Lasten. (Beif. Zustimmung.) Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund habe die Schicksalsgemeinschaft der Völker weitgehend angelehnt. Das Problem der Kriegsschuldenerregung sei die Barriere, die den Weg zur Völkerverständigung nach verstopfe. Der Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß diese Verhandlung recht bald mündlich werde. Dazu gehörten vor allem die Auswirkung der Gebanensprüche von Thoiry und die Entlopfung der Welt. (Beif. Zustimmung.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erfaßt die Regelung dringend, dafür zu sorgen, daß aus dem Etat alles verschwindet, was über die uns auferlegte Zahlung von 2 1/2 Milliarden hinausgeht. Die Belastungsstellen zum Beispiel habe die Entente zu tragen. Ganz und langsam sei selber das Urteil des Obergerichtshofs in Vergeßlichkeit geraten, das die Anrechnung der Liquidationsentscheidungen auf die Reparationslasten ablehnte. Dabei sei das eine der größten Ungerechtigkeiten gewesen, die man gegen das deutsche Volk begangen habe. (Sehr richtig!) Die Entschuldigungen müßten endlich auf Grund geistlicher Ansprüche und nicht aus Härtefonds bezahlt werden. Das Transferrisiko sei noch ganz ungeklärt. Der einzige Trost sei, daß wirtschaftliche Unmöglichkeitkeiten auf die Dauer nicht lebensfähig seien. Der Redner betont, daß wir nicht als Kriegsschuldiger zahlen, sondern weil wir den Krieg verloren haben. Vielleicht werde sich bald der deutsche Finanzminister den Kopf zerbrechen müssen, wo er das Geld hernehmen solle, und gleichzeitig der Reparationsagent, wie er das viele Geld transferieren solle. Dann sei der Zeitpunkt gekommen, wo man sich zusammenzusetzen werde, um eine endgültige Regelung zu finden. (Beif. Zustimmung bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Cuno (Dnat.) glaubt, daß die Steuerlast des deutschen Volkes nicht mehr härter angepaßt werden könne, zumal das jedesmal automatisch eine Steigerung der Reparationslasten zur Folge habe. Diese Bestimmung des Damesplanes sei vor allem anderen reformbedürftig. Die Regierungsparteien seien der Meinung, daß die Lösung der Frage der Liquidationsentscheidungen nach einer Angelegenheit des laufenden Jahres sei. Als ein Beispiel dafür, wie weit die Wirkungen des Damesplanes reichen, führt der Redner die Tatsache an, daß das Reich 500 Millionen für Vorkosten der Reichsbahn ausgeben mußte, um überhaupt noch einen geringen Einfluß auf dieses wichtige Instrument der deutschen Wirtschaft zu behalten. Eine weitere Funktionsleistung infolge des Damesplans sei die Senkung der Lebenshaltungskosten des deutschen Volkes. Man zwinge uns zum Dumping auf dem Weltmarkt, obwohl die ganze Welt überindustriell sei. Offensichtlich werde dieser Dumpingexport nicht zum Dumpingexport. Die dritte gefährliche Störung sei das Konziliosystem. Deutschland habe sich als zahlungsunwilliger Schuldner gesetzt, es müsse sich zuvorn und Kontrolle verbitten; solche Maßnahmen steigerten nicht die psychologische Leistungsfähigkeit. Man dürfe nicht müde werden, das deutsche Volk auch in der Frage der Reparationen zu verteidigen. (Beif. Zustimmung bei den Demokraten.)

Abg. Reil (Soz.) nimmt der vorgeschlagenen Darstellung des Reparationsproblems durch Dr. Dehner voll zu. (Beif.)

Es sei das Eingeständnis von Dr. Cuno, daß die Reparationen schon zur Verelendung großer Teile des deutschen Volkes geführt haben, daran sei aber die deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik mitschuldig.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D.F.P.) betont gleichfalls die erfreuliche Übereinstimmung der Redner aller Parteien in der Reparationsfrage, obwohl es sich hier um den bedeutendsten Etat handle. Besonders erfreulich sei die Befreiung von Dr. Cuno, denn es sei mehr Freude über einen Sänder der Ruhe tut, als über die 270 Verechten, die vorher schon im Reichstag waren. (Beif. Zustimmung.)

Ein härterer Gegensatz als zwischen der internationalen Reparations- und Handelspolitik sei nicht denkbar. Aber die vitaleren Kräfte hängen hinter der Handelspolitik, es sei deshalb anzunehmen, daß diese schließlich triumphieren. Die Vereinigten Staaten seien der einzige Staat, der aber ein Problem, das nicht gelöst, sondern nur beiseite gewischt werden könne.

Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) bedauert die Ruhe, die bei Beratung dieses Etats herrscht. Freilich habe die Regierung keinen Versuch gemacht, die Dameslasten herabzudrücken, und habe dadurch das Volk in diese passive Schicksalsbestimmung verurteilt. Nur eine grundlegende Änderung des Reparationsproblems könne dem deutschen Volk helfen.

Abg. Bismarck (Soz.) erklärt, die Mittel zur Entschuldigung der Liquidationsausgaben könnten nicht durch Erparnisse auf Kosten der Kriegsschicksalisten und anderer Sozialisten gewonnen werden, man müsse neue Steuern schaffen.

Darauf wird der Kriegslastenetat unverändert angenommen.

Kurz vor 1 Uhr wird die Sitzung bis 3 Uhr unterbrochen.

Die Nachmittags-Sitzung des Reichstages soll der zweiten Lesung des

### Haushalts des Finanzministeriums.

Auch hierzu haben die Oppositionsparteien zahlreiche Anträge eingebracht. Der Sozialdemokrat Simon-Edwaden a. B. verlangt Abschaffung der Zuckersteuer, Erhöhung der Spekulationsgewinne, Einziehung der Steuerrückstände, Erhöhung der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Er wendet vor allem gegen die „Steuerabzüge“ der Landwirtschaft.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt energische Einziehung der Steuerrückstände. Dem früheren Finanzminister könne man keine Vorwürfe machen, weil es ihm nicht gelungen ist, eine einheitliche Basis für die Steuererhebung zu schaffen. Denn das sei die gewaltige Aufgabe nach der Inflationszeit überhaupt. Am besten sei es, zunächst einmal keine neuen Steuern zu machen. Der Redner empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, die Landwirtschaft nach vereinfachtem, einheitlichem System zu besteuern. Der Redner beantragt ferner die Einführung des dreijährigen Durchschnitts für die Einkommensteuerveranlagung. (Beif. Zustimmung bei den Demokraten.)

Abg. Reil (Soz.) gibt dem Protest des gewerblichen Mittelstandes gegen die steuerliche Überlastung Ausdruck, die sogar zur Freiheitsberaubung ausgeartet sei.

Abg. Dr. Gortz (D. V. P.) verlangt, daß endlich einmal Steigbarkeit in der Steuererhebung einziehe, und wendet sich gegen den Zentralismus des Abg. Cramer. Schlimmste Volkerverheerung sei es, wenn die Linke immer behaupte, die Massenbelastung sei höher als die Rechtsbelastung. Sie verschweige dabei, daß der Rechts auch noch durch Staats- und Gemeindesteuern belastet werde. (Sehr richtig, rechts.)

### Reichsfinanzminister Dr. Röhler:

Das Jahr 1927 soll eine bezugreichende Vereinfachung in sachlicher und personeller Beziehung bringen. Sie muß freier mit einer Vermehrung der Veranlagungs- und Vollstreckungsbeamten beginnen. Die Rückstände von mehr als einer halben Milliarde (hört, hört!) sollen unbedingt eingezogen werden, allerdings unter Rücksichtnahme auf die Bedürftigen. Die Einziehung der Rückstände sind wir aber den Lohnsteuerverpflichtigten schuldig, die ihre Steuern regelmäßig abführen müssen. Die Zahl der Steuerämter werde ich im Einkommen mit den Vordern wesentlich vermindern. Den Abbau der Reichsforstverwaltung werde ich bezwecken, wie es Dr. Cramer wünscht. Vereinfachung der Formulare werden wir anstreben. Die einzelnen Vorwürfe gegen Finanzämter werde ich prüfen, ich werde mich aber entschieden gegen Verallgemeinerungen. Die Durchführung der Einheitsbewertung war schwer. Da ist es kein Wunder, daß Mißgriffe vorkamen. Steuerabzüge ist in einzelnen Gegenden tatsächlich vorgekommen. (hört, hört, links.) Ich habe daher in den letzten Tagen verschiedene Strafanträge gestellt. (Erneutes hört, hört, links.) Die Buch- und Berichtsprüfer sind ein wertvolles Instrument zur Beobachtung der wirtschaftlichen Lage. Die Steueranschuldungswiederbeneide ich nicht. Ihre Besitze werden mir vielleicht verkleinern müssen. (Beif. Zustimmung bei der Mehrheit.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Meyer-Baden (Soz.), Dorich-Oeffen (Dnat.), Diez (Ztr.), Voh (Komm.) und Blum (Soz.) vertagt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr.